

Die Umschau

auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens.

Erscheint wöchentlich.

Preis
vierteljährlich 1,75 M., Welt-
postverein 2 M.

Zuschriften
an die Redaktion sind zu adressiren:
Berlin-Niedorf, Berlinerstr. 42

Bestellungen und Geldsendungen sind
nur an die Expedition Berlin S.W.
zu richten.

Man abonnirt bei allen Buchhandlungen
und Post-Anstalten, sowie bei den Ex-
peditionen in Berlin und Hamburg.

Zeitschrift für Zoll- und Steuer-Technik und Verwaltung.

Offizielles Organ des Verbandes deutscher technischer
Zoll- und Steuer-Beamten.

Herausgegeben von Steuerrath a. D. A. Schneider
unter Mitwirkung bewährter Fachmänner.

Anzeigen
kosten 15 Pf. die 4 gespaltene
Petitzeile oder deren Raum.
Bei Wiederholungen
billiger.

Expeditionen:
Berlin SW., Hagelsbergerstr. 32,
Hamburg, Speersort 15,
(Herold'sche Buchhandlung).

Verlag von
Eugen Schneider, Berlin.

Nachdruck unserer Artikel ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Nr. 5.

Berlin und Hamburg, den 3. Februar 1898.

17. Jahrgang.

Inhalt: Abwehr (S. 33). Aus dem Leserkreis: Gegen die Fluth (S. 35). Allgemeine Verwaltung: Auskunftsstellen für Zolltariff-
fragen (S. 36). Verminderung des Schreibwerks (S. 36). Zoll- und Steuer-Technisches: Zölle: Zur Neuredaktion des Zolltariffs
(S. 37). Personalien (S. 38). Verschiedenes: Briefkasten (S. 38). Neue Bücher (S. 38). Verbands-Nachrichten (S. 38).
Anzeigen (S. 39).

Abwehr.

Im Anschluß und in Ergänzung der auf Seite 27 der Nr. 4 unserer „Umschau“ aus dem Leserkreis gebrachten Vertheidigung bringen wir zunächst den Wortlaut der bezüglichen Stellen aus den Reden des Abgeordneten Dr. Sattler und des Finanzministers vom 18. d. Mts. nach dem stenographischen Bericht des „Reichs-Anzeigers“:

Dr. Sattler äußerte sich wie folgt:

Für die Mittel- und Unterbeamten hat der Etat nichts gethan, mit Ausnahme der Förster, trotzdem der günstige Etat hätte Veranlassung geben sollen, die vorhandenen Härten zu beseitigen, damit ein Abschluß der Beamtenbesoldungs-Verbesserungen erreicht worden wäre. (Zustimmung.) Insbesondere hätte der Wohnungsgeldzuschuß für die Unterbeamten einer Verbesserung bedurft.

Der Finanz-Minister sprach Folgendes;

Ich möchte, meine Herren, bei dieser Gelegenheit und von dieser Stelle aus unseren Unterbeamten (!) den Rath geben, daß sie sich doch klar machen, mit welchem Wohlwollen und welcher Fürsorge Staatsregierung und Landtag bei einer Gesamtverwendung von, wie ich schon gesagt habe, nahezu 80 Millionen Mark für die Beamten und Lehrer gesorgt haben, und daß es nicht klug und nicht der richtige Weg ist, sich in großen Vereinen zusammenzuthun, gegenseitig, möchte ich sagen, sich aufzuregen, Unzufriedenheit in die Beamenschaft zu bringen, Fachblätter zu halten, die sich zur Aufgabe stellen, die Beamten unzufrieden zu machen und zu verhezten und aus unserm treuen, zufriedenen, tüchtigen preußischen Beamtenstand eine agitirende Klasse zu machen.

Meine Herren, ich sage das auch für dieses hohe Haus. Ich kann ja nicht anders sagen, als daß in dieser Beziehung gerade das hohe Haus im Großen und Ganzen ohne alle Nebenrücksichten rein sachlich prüft und verfahren ist, aber es ist mir doch bedenklich, wenn ein Geist von Un-

zufriedenheit in die Beamten kommt, wenn kein rechtes Vertrauen zu den Vorgesetzten mehr zu herrschen scheint, sondern wenn die Beamten sich nur noch an den Landtag wenden, bei diesem Hilfe gegen die eigenen Vorgesetzten suchen. Ich glaube, wenn unsere Beamten in Ruhe über diese Dinge nachdenken, so werden sie selbst einsehen, daß der Weg, sich vertranensvoll an die Vorgesetzten zu halten, besser ist, eher zum Ziele führt, als der eben von mir bezeichnete.

Aus Vorstehendem geht zunächst hervor, daß man auch im Abgeordnetenhanse die Beseitigung von Härten in der Besoldungsregelung durch den neuen Etat um so mehr erwartet hatte, als die Geldmittel so überaus reichlich dazu vorhanden sind.

Dass diese Härten, insoweit sie für unsere Verwaltung in Frage kommen, im Finanz-Ministerium nicht bekannt gewesen seien, kann diesmal nicht wieder behauptet werden, es sei denn, daß unsere fortgesetzten ausführlichen und dem Herrn Finanzminister direkt zur Kenntniß gebrachten Erörterungen gar nicht gelesen worden wären, was aber wiederum nach den gegen uns beliebten Maßnahmen nicht angenommen werden kann.

Wenn nun der Herr Finanzminister in seiner obigen Rede meint, es sei besser, wenn die Beamten sich mit Petitionen nicht an den Landtag, sondern an ihre Vorgesetzten wendeten, Einzel-Gesuche aber wirkungslos und Gesamt-Auträte verboten sind, Vorstellungen von Seiten des Fachblattes aber ignoriert werden, dann fragen wir, was bleibt denn anderes übrig, als die Anrufung des Landtages?!

Ueberrascht waren wir, aus der obigen stenographischen Wiedergabe der Rede des Herrn Finanzministers zu erkennen, daß sein vor dem Landtage ausgesprochener Rath, sich nicht in großen Vereinen zusammenzuthun, nur an die Unterbeamten gerichtet war, daß davon aber, daß man unsere best vorgeschriebenen mittleren Beamten tatsächlich vor dem Eintritt in ihren Verband gewarnt hat, nicht die Rede war!! —